

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/106: 04.02.2001 – 17.03.2001

04.02.2001

BRD: Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel " berichtet am 4. Februar 2001: >>"Die Holocaust Industrie": Das Buch produziert den Antisemitismus - Norman G. Finkelstein im Gespräch

Norman G. Finkelstein (47), streitbarer Autor nun des Piper Verlages München, lehrt Politikwissenschaften an der City University in New York. Im vergangenen Jahr hat sein Buch "The Holocaust Industry" in Deutschland heftige Reaktionen ausgelöst. Finkelstein wirft darin vor allem jüdischen Organisationen in Amerika wie der Jewish Claims Conference vor, den Holocaust zu instrumentalisieren, um mit dem Leid der Juden Geschäfte zu machen. Die deutsche Übersetzung erscheint dieser Tage im Münchener Piper Verlag. Finkelstein wird seine Thesen am Mittwochabend in der Berliner Urania vorstellen.

Mr. Finkelstein, was antworten Sie einem deutschen Neonazi, der Ihnen sagt, daß er ihr Buch toll findet?

Soweit ich weiß, lesen die meisten Nazis ohnehin keine Bücher. Nein, ernsthaft: Wer mein Buch unbefangen und sorgfältig liest, findet darin nicht einen einzigen antisemitischen, nazistischen oder revisionistischen Satz. Diejenigen, die nicht mögen, was ich schreibe, denunzieren mich als revisionistisch oder antisemitisch, aber mein Ziel ist das genaue Gegenteil. Ich will das Ende der Holocaust-Industrie, und diese Holocaust-Industrie ist in der heutigen Welt die Hauptursache des Antisemitismus.

Wer soll denn diese so genannte Holocaust-Industrie sein und wem gehört sie?

Die Holocaust-Industrie besteht aus all denjenigen Personen, Organisationen und Institutionen, die heute politisch oder finanziell von den Leiden des jüdischen Volkes profitieren oder dieses Leiden ausbeuten, um ihre Ziele leichter zu erreichen.

Geht es konkreter?

Ich habe Personen wie Elie Wiesel genannt, Organisationen wie die Jewish Claims Conference oder Einrichtungen wie das Holocaust-Museum in Washington.

Sie beschuldigen unter anderem die Claims Conference, deutsche Entschädigungsgelder in falsche, eigene Kanäle geleitet zu haben. Das ist ein schwerer Vorwurf. Sind Sie deshalb verklagt worden?

Nein, im Gegenteil. Ich habe diese Organisationen sogar gebeten, mich zu verklagen. Ich habe ihnen das Manuskript geschickt, mit den Worten: Wenn ihr nicht mögt, was ich geschrieben habe, dann verklagt mich bitte. Laßt uns vor Gericht offen darüber diskutieren, was wahr ist. Ich habe das Gleiche zu Israel Singer gesagt, dem Direktor des World Jewish Congress. Aber sie wissen erstens, daß ich Recht habe, und zweitens, daß bei mir die übliche Taktik nicht funktioniert - die Taktik, jemanden, der diese Themen anschneidet, als Holocaustleugner oder als Antisemiten hinzustellen.

Hat man das versucht?

Nein. Das wäre bei mir ungläubwürdig. Mein wissenschaftlicher Ruf ist exzellent, ich habe meinen Abschluß in Princeton gemacht, eine Menge Bücher geschrieben oder mitgeschrieben und bin dafür ziemlich oft gelobt worden. Meine, wenn ich es mal so nennen darf, Holocaust-Glaubwürdigkeit ist tadellos. Meine Eltern haben während des Krieges viel durchgemacht. Mich persönlich zu diskreditieren, ist unmöglich. Es bleiben nur die Fakten, aber sie wissen, daß meine Fakten stimmen. Eine andere beliebte Taktik ist es, die deutsche Karte zu spielen ... Die deutsche Karte?

Im britischen Fernsehen wurde ein Vertreter des Jewish Congress nach meinen Vorwürfen wegen der zweckentfremdeten Entschädigungsgelder gefragt. Er antwortete mit dem Gegenwurf, daß ich in meinem Buch aus einer deutschen Zeitung zitiert habe. Ich sei ein Schüler der Deutschen, weil ich deutsche Quellen benutze. Ich hatte einen Korrespondenten der "Frankfurter Allgemeinen" zitiert. Solche Taktiken werden benutzt.

Ein Kritiker hat geschrieben: Wenn Norman Finkelstein John Miller hieße, würde sich kaum jemand für sein Buch interessieren.

Ja, das stimmt.

Sie haben also Narrenfreiheit?

Ich genieße eine gewisse Immunität. Ich kann Dinge sagen, die andere nicht sagen können. Wenn andere es sagen würden, könnte man gegen sie die übliche Taktik anwenden. Was andere nur im privaten Kreis zu sagen wagen, daß nämlich der Holocaust von einigen zu ihrem Vorteil mißbraucht wird, kann ich öffentlich aussprechen, ohne deswegen völlig zerstört zu werden. Das ist der Vorteil meiner jüdischen Familiengeschichte. Und den nutze ich aus.

Ihre Mutter hat als Holocaust-Überlebende nur eine beschämend geringe Entschädigung erhalten, 3.500 Dollar. Ihre eigene akademische Laufbahn war bisher nicht sehr glanzvoll. Haben Sie das alles nicht nur aus persönlicher Verbitterung geschrieben?

Ja, sicher, ich hatte auch persönliche Motive. Aber wieso soll diese Tatsache meine Glaubwürdigkeit berühren? Die meisten Autoren haben persönliche Motive. Als Hannah Arendt "Eichmann in Jerusalem" schrieb, hatte sie ja auch persönliche Motive. Außerdem hat "The Holocaust Industry" meinem akademischen Ruf ganz sicher nicht genützt. "The Nation on Trial", mein vorheriges Buch, zu dem Hans Mommsen das Vorwort der deutschen Ausgabe geschrieben hat, wurde von der "New York Times" zu einem der "Bücher des Jahres" ernannt. Das war 1998. Das neue Buch dagegen hat die wahrscheinlich negativste Rezension in der ganzen Geschichte der "New York Times" bekommen. Ich habe mir einmal die Besprechung von "Mein Kampf" in der "Times" aus dem Jahr 1934 angeschaut - sogar Hitler ist freundlicher besprochen worden als ich.

Was bedeutet es, daß Ihr Buch jetzt in Deutschland herauskommt, im Land, aus dem die Täter kamen?

Ehrlich gesagt, für mich ist es eine moralische Herausforderung, mit Leuten in Kontakt zu kommen, von denen mich eine historische Kluft trennt. Und als amerikanischer Jude trennt mich nun einmal einiges von Palästinensern und Deutschen.

Was glauben Sie, was Sie in Berlin erwartet?

Ich habe keine Erwartungen, nur eine Hoffnung: Daß mein Besuch dazu beiträgt, eine offenere Diskussion in Deutschland zu legitimieren. Denn es gibt in den USA heute einen grotesken, ausbeuterischen Mißbrauch des Holocaust. Deutschland wird mit Hilfe des Holocaust politisch auf Linie gehalten und finanziell gemolken.

Gemolken?

Der Holocaust ist eine politische Waffe. Deutsche haben legitime Gründe dafür, sich gegen diesen Mißbrauch zu wehren. Gleichzeitig beschäftigen sich viele Deutsche auf ehrliche, moralische und ernsthafte Weise mit den Schrecken der Nazizeit. Die Deutschen sind, was die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte angeht, den Amerikanern weit voraus. Sie

zeigen viel guten Willen. Aber nichts, was die Deutschen tun, wird von diesen Organisationen, über die ich gesprochen habe, jemals honoriert werden.<<

06.02.2001

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 6. Februar 2001: >>"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend (vor allem auf die historische Forschung) und moralisch diskreditierend (weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine), werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. Überdies mußte er sich bald den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit seinem Kampfbegriff der "Holocaust-Industrie" und seiner Attacke auf ein wie auch immer geartetes "jüdisch-amerikanisches Establishment" nicht nur einen weit verbreiteten Antiamerikanismus bediene, sondern mit dem Klischee einer internationalen jüdischen Verschwörung zugleich antisemitische Ressentiments schüre.

Nur wenige deutsche Kenner der NS-Geschichte sahen sich dazu in der Lage, das Buch zumindest als eine nützliche Provokation zu bezeichnen, doch auch das gelang ihnen angesichts methodischer Schwächen nur mit Mühe. Wiederholt fand sich indes der Hinweis, daß Finkelsteins Kritik an der amerikanischen Situation nicht einfach auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollte: Im Land der Täter sei schließlich die Erinnerung an die NS-Diktatur und ihre Verbrechen eine Überlebensfrage für die heutige Demokratie.

Massive Kritik erntete in den vergangenen Monaten der Münchener Piper Verlag, nachdem er erklärt hatte, er werde das Buch in deutscher Übersetzung veröffentlichen. Das Werk sei doch "Wasser auf die Mühlen der Antisemiten", erklärte Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Verlag - so erklärten andere Kritiker - scheue bei seinem Vorhaben nicht den Beifall von der falschen Seite. Um diese Gefahr wisse man sehr wohl, so verlautete es aus dem Münchener Verlagshaus, doch könne es nicht sinnvoll sein,

diesen Text "ausgerechnet in Deutschland nicht verfügbar" zu machen.<<

07.02.2001

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Februar 2001: >>**Das Leid, der Kitsch und das Geld**

Norman G. Finkelsteins umstrittenes Buch "Die Holocaust-Industrie" liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor.

In diesen Tagen kommt die deutsche Übersetzung des umstrittenen Buches "Die Holocaust-Industrie" von Norman G. Finkelstein in den Buchhandel. Die folgende Rezension des Buches wurde zuerst am 14.08.2000 im Feuilleton der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht:

Es ist schon einige Jahre her, daß ein Mann, der sich mit der Geschichte der deutschen Juden beschäftigte, von einer Galerie zu einem Arbeitsgespräch eingeladen wurde. Man plante die Installation einer britischen Künstlerin: In einem nur wenig erleuchteten Raum sollten Glasröhren aufgebaut werden, durch die der Sand rieseln würde.

Ob das Werk tatsächlich den Titel "Holocaust" tragen oder nur deutlich darauf anspielen sollte, ist nicht mehr festzustellen. Jedenfalls glaubte unser Mann nach der Projektbeschreibung erstmals sein Unbehagen an der Aufklärung über ein Thema bemerken zu können, der er bisher seine Teilnahme nie versagt hatte. Kurz darauf erreichte ihn ein Buch mit pädagogischen Anleitungen für den geplanten Holocaust-Unterricht in Kindergärten. Das Vorwort stammte von der Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, einer ehrenwerten Frau.

Jeder, der den Kulturbetrieb kennt, hat in den letzten Jahren ähnliche Erfahrungen machen können: Die Entrechtung, Vertreibung, Versklavung und Ermordung der europäischen Juden wurde zur Grundlage einer pseudoreligiösen Rhetorik, ja für manche zum eigenen Erwerbszweig. Irgendwann kam in den Vereinigten Staaten der böse Satz auf: "There is no business like Shoa-business." Kein Geschäft ist so gut wie das mit dem moralischen Kapital des guten Gewissens.

Von einer "Holocaust-Industrie" und der Ausbeutung jüdischen Leidens spricht das Buch von Norman G. Finkelstein, das jetzt in der deutschen Übersetzung vorliegt. Es geht über den vagen Unmut, den man in Deutschland zuweilen verspüren mochte, weit hinaus. Wäre Finkelstein in der Galerie gewesen, er hätte vermutlich nach dem Preis des Holocaust-Kunstwerks gefragt. Sein Buch spricht eine klare Sprache, nennt Namen und hat die Wirkung der großen Polemik. "Beifall von der falschen Seite" - diese Vorhaltung, mit der man auch zur Zeit des Kommunismus jeden Einwand ruhigstellen wollte - schreckt ihn nicht. Finkelsteins Argumente sind nicht die der rechtsradikalen Leugner. Während seine Eltern die Vernichtungslager überlebten, kehrten große Teile der Familie nicht mehr zurück.

Finkelstein ist ein jüdischer Dissident, wie Hannah Arendt zu ihrer Zeit. Eine ideologische Darstellung der Naziverbrechen: Das ist, so Finkelstein, die Hauptsünde der Holocaust-Industrie. Er will zu den robusten politischen Kategorien zurück, die einst die Linke und die Dissidenten auszeichneten: Er spricht von Geschichte, Macht und Interessen, nicht von Erinnerung. Und Ideologie bedeutet für ihn nicht nur eine ästhetisch mißglückte Darstellung - auch wenn ihm gerade hier, an den unsäglichen Sätzen des gefeierten Elie Wiesel über die "Majestät" des Holocaust, die überzeugendste Kritik gelingt -, sondern Ideologie heißt klipp und klar: Der Kitsch ist eine Waffe im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Hier gewinnt das Buch seine eigentliche Brisanz.

Der erste Teil seiner Polemik untersucht die Entstehung des neueren Bildes, Finkelstein datiert sie auf den Sechs-Tage-Krieg von 1967. Vorher war die Botschaft des Holocaust universalistisch interpretiert worden. Aber als nun Shimon Peres immer noch von den "beiden Holocausts" des zwanzigsten Jahrhunderts sprach - Auschwitz und Hiroshima -, wurde diese Äuße-

rung von Elie Wiesel zurückgewiesen. Eine neue Linie setzte sich durch: die These vom unvergleichlichen, historisch einmaligen Charakter der NS-Verbrechen.

Nun ist das schon logisch ein Problem, denn die Behauptung der Unvergleichbarkeit setzt voraus, daß man bereits verglichen hat. Der Gewinn aber war eine privilegierte Position im Kampf um die Anerkennung des Leids, der die amerikanische Gesellschaft durchzieht: Dem Armenier-Genozid durch die Türken wurde ein eigener Gedenktag versagt; das National Holocaust Memorial Museum in Washington zögerte, auch das Leiden der Zigeuner oder die Euthanasie-Aktionen zu erwähnen, deren Opfer Deutsche waren. In jedem Konflikt, in dem individuelle Juden oder jüdische Organisationen standen, konnte der Antisemitismus-Verdacht mobilisiert werden.

Der Sprengsatz steckt im dritten Teil, der sich nicht scheut, vom Geld zu reden und von den Kampagnen der vergangenen Jahre. Finkelstein wirft den amerikanischen Organisationen zwei Dinge vor: Sie legten ihren Forderungen zu hohe Zahlen der überlebenden Opfer zugrunde, und zweitens: Sie hätten große Teile der deutschen Wiedergutmachungszahlungen, die seit Beginn der fünfziger Jahre geleistet wurden, für andere Zwecke des jüdischen Aufbaus verwendet. Nur etwa fünfzehn Prozent der Gesamtleistungen seien jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung zugute gekommen. Die Jewish Claims Conference steht nun, nicht zum ersten Mal übrigens, unter Druck. Der Streit, den etwa Gabriele Hammerstein mit der Organisation ausfechten mußte, um an das Erbe ihrer vertriebenen Eltern zu gelangen, machte schon vor mehr als zwei Jahren Schlagzeilen.

Zugegeben: Finkelstein vermengt Wichtiges mit Unwichtigem (welcher Anwalt hat welches Honorar erhalten), er ist, wie die "Neuen Historiker" in Israel, skeptisch gegenüber den zionistischen Gründungsmythen und sieht nicht immer die realpolitischen Zwänge, in denen jeder Staat, eben auch Israel, sich befindet. Aber Polemik entsteht nicht in der Ruhe der Gelehrsamkeit, sie muß die Dinge zuspitzen. Dafür ist es, als würde plötzlich ein Fenster geöffnet. ...<<

17.02.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...):

>>**Der "Wandel" ist Schwindel**

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern

(Uwe Greve)

Ethik und Moral gehen dem Fortschritt nicht voran, sondern sie folgen ihm. Schon die zehn Gebote beweisen dies. Gebote wie "Du sollst nicht stehlen" oder "Du sollst nicht töten" sind ja nur deshalb notwendig geworden, weil Menschen bereits gestohlen und getötet hatten. Daß wir den Herrn, unseren Gott, "ehren und keine anderen Götter neben ihm haben" sollen, setzt die Erfahrung voraus, daß die Menschen viele Götter angebetet haben.

In anderen Regionen der Erde mit anderen religiösen Vorstellungen war dies nicht anders. "Gesandter Gottes, welches ist die größte Sünde? Wenn du ein Götzenbild neben Gott stellst, der dich erschaffen hat! Und was noch? ... Ehebruch zu begehen mit dem Weibe deines Nachbarn." So steht es geschrieben in den Sammlungen von Bukhari, bedeutenden islamischen Glaubensschriften. Die Weisung, Armen und Kranken zu helfen, finden wir in allen Weltreligionen. "Durch mildtätige Werke und andere Tugenden kann ich die Buddhaschaft zum Heil der Welt erlangen", heißt es in den Glaubensschriften der tibetischen Variante des Buddhismus.

Das Vorhandensein solcher religiöser Forderungen zeigt uns, daß die Menschen egoistisch und selbstsüchtig waren, denn sonst hätten solche Ge- und Verbote nicht aufgestellt und niedergeschrieben werden müssen. Ethische und moralische Forderungen sind Beweis dafür, daß es ethische und moralische Rückstände immer gegeben hat.

In der technischen Industriegesellschaft von heute ist dies nicht anders. Der technische Fort-

schritt, die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die er bewirkt hat und ständig weiter bewirkt, sind mit der Moral und den ethischen Normen des vortechnischen Zeitalters nicht mehr ausreichend zu bewältigen. Ethik und Moral entstehen aus der Erfahrung, daß ohne sie das menschliche Zusammenleben nicht oder nur sehr unzulänglich funktioniert. Und neue Erfahrungen erzwingen neue ethische und moralische Normen oder die Verschärfung gewachsener Wertmaßstäbe.

Nehmen wir als Beispiel die strikteste Form der Ethik, das Recht. Als sich immer mehr Eisenbahnstränge durch das Land zogen und die Schienenfahrzeuge mit immer größerer Geschwindigkeit fuhren, wurde die Erfahrung gemacht, daß die neuen Verkehrswege der Eisenbahn Gefahrenquellen neuer Art für die Menschen darstellten. Gefahren, wie es sie im Zeitalter der Postkutschen und Pferdefuhrwerke nicht gegeben hatte. Deshalb wurde für die Eisenbahn die Gefährdungshaftung eingeführt. Das heißt: Die Eisenbahn mußte für Unfälle haften, die auf ihrem Verkehrsgelände geschehen waren. Die Aufstellung von Warnzeichen und Schranken wurde verfügt.

Und was wir heute mit dem Schlagwort "Umweltschutz" oder "Lebensschutz" umschreiben, bedeutet keinesfalls nur eine neue Art ökonomischen Verhaltens. Mit Umweltschutz verbinden wir eine große Zahl ethischer Normen, die unter dem Oberbegriff "Erhaltung der natürlichen Umwelt des Menschen" zusammengefaßt werden können.

Im einzelnen gehören dazu eine Reihe von Zielen, wie zum Beispiel: die Luft sauberzuhalten; die Flüsse und Meere nicht zu Kloaken zu degradieren; nicht immer mehr Naturlandschaften zu Industrie- und Wohnwüsten zuzubetonieren; die Lebensräume der Tierwelt nicht so einzuzengen, daß Arten aussterben; die tropischen Regenwälder als Ökosystem und Sauerstoffquelle zu erhalten; mit den Rohstoffen dieser Erde sorglich und sparsam umzugehen, damit kommenden Generationen nicht die Lebensgrundlage entzogen wird; die Wiederverwendung von Rohstoffen zu fördern; die Zahl der Menschen auf diesem Erdball in einer Größenordnung zu halten, die menschliches Leben in Würde und Freiheit zuläßt. Dazu ist die Ausformung neuer beziehungsweise die Wiederentdeckung in vergangenen Generationen bereits gelebter Wertnormen notwendig.

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten.

Eine Staats- und Wirtschaftsordnung, die in einem harten politischen und wirtschaftlichen Wettkampf mit anderen Staaten und Ordnungsmodellen steht, bedarf zwar nicht von oben

verordneter Kollektivität, aber auf jeden Fall eines Gemeinschaftswillens, der aus der inneren Überzeugung des einzelnen erwächst, daß Freiheit, Kultur und Wohlstand nur gemeinsam erhalten werden können.

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang.

"Ohne Tugenden hat das Land keine Zukunft", stellte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede zum 40jährigen Bestehen des CDU-Wirtschaftsrates im Herbst 1993 fest. Allein, in die Bewunderung für diese ach so unzweideutigen Worte aus einem Politikermund mischt sich für einen halbwegs regen Verstand doch mit leichtem Befremden die Frage, warum denn die CDU, die die längste Zeit in Bonn und vielen Bundesländern regierte, auch in ihrer zweiten Regierungszeit den Werteverfall fortschreiten ließ. Diese Frage sei besonders an den ehemaligen Bundeskanzler, die Kabinettsmitglieder und die Parteivorstände der letzten Jahrzehnte gerichtet.

In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorgeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fortschrittlich" priesen.

Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker so viel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.

Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhaftes, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.

Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.

Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze.

Wo die lebens- und gemeinschaftnotwendigen Tugenden zum freien Angebot verkümmern, läßt sich auf die Dauer weder Demokratie noch soziale Marktwirtschaft betreiben. Sie beruhen auf einem von allen anerkannten Gefüge von Werten und sittlichen Eigenschaften.

In der Bundesrepublik Deutschland muß deshalb

- die Familie mit allen denkbaren Mitteln gestützt werden;
- die Schule durch neue Lehrpläne zur ethisch-moralischen Werterziehung verpflichtet werden;

- das Prinzip der Selbstverwirklichung durch das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit in der Gemeinschaft ersetzt werden;
- die Pflege des historischen Vorbilds in Wirtschaft und Staat wieder eingeführt werden;
- der Gewaltkult im Fernsehen gestoppt werden;
- endlich anerkannt werden, daß ein Höchstmaß persönlicher Bedürfnisbefriedigung, verbunden mit einem Mindestmaß moralischer Beschränkung, das Ende unserer Wirtschafts- und Staatsordnung darstellt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Marx und Engels - die Väter des Terrors**

Rotbuch des Kommunismus: Siegmund Faust über ein neue Arbeit des Marxismus-Forschers Prof. Dr. Konrad Löw

Das Schwarzbuch des Kommunismus, 1998 erschienen und weltweit verbreitet, endet mit dem von Stéphane Courtois verfaßten Kapitel "Pourquoi?". Und diese berechnete Frage "Warum?" folgt auf den Nachweis, daß die kommunistische Weltbewegung annähernd einhundert Millionen Menschenleben vernichtet hat.

"Warum", fragt Courtois, "etablierte sich der 1917 erstmals auftretende moderne Kommunismus beinahe sofort als blutige Diktatur und dann als verbrecherisches Regime, konnten seine Ziele nur mittels extremer Gewaltanwendung erreicht werden? Wie ist es zu erklären, daß die kommunistischen Machthaber das Verbrechen jahrzehntlang als eine banale, normale, ordnungsgemäße Maßnahme aufgefaßt und praktiziert haben?"

Courtois befaßt sich anschließend mit dem Terror während der Französischen Revolution und kommt zu dem Ergebnis: Die "Herrschaft der Tugend" tötete Zehntausende. Dann fährt er fort: "Diese Urfahrung des Terrors scheint die wichtigsten revolutionären Denker der 19. Jahrhunderts kaum inspiriert zu haben. Marx hat ihr wenig Aufmerksamkeit geschenkt."

Wirklich? Ganz zu Recht wird Marx vor allen anderen erwähnt, denn Marx ist der bekannteste revolutionäre Denker. Unbestritten hat sein Manifest der Kommunistischen Partei die mit Abstand weiteste Verbreitung aller politischen Publikationen gefunden. Der gemeinsame Nenner der Täter des Schwarzbuchs ist das Bekenntnis zu Marx, gefolgt von Lenin, der sich seinerseits als glühender Marxist ausgab. Diese Tatsachen drängen doch die Frage auf: War Marx der Anstifter, der Schreibtischtäter, der geistige Urheber der Verbrechen, vielleicht sogar der Erstrangige?

Die herrschende Meinung spricht indes ohne nähere Begründung von einer Perversion des Marxismus durch den Stalinismus. Der Ausgangspunkt des Marxismus sei der Humanismus gewesen, das edle Streben, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, die Klassenkämpfe zu überwinden, die Gewalt, letztlich alle Herrschaft von Menschen über Menschen, also auch die Staatsgewalt, abzuschaffen.

Selbst Courtois nimmt Marx vorsichtig aus dem Schußfeld: "Gewiß betonte und forderte er die 'Rolle der Gewalt in der Geschichte'. Aber er sah darin eine sehr allgemeine These, die nicht auf eine systematische, absichtliche Gewaltanwendung gegen Personen zielte. Schon 1872 hatte Marx die Hoffnung geäußert, die Revolution könne in den Vereinigten Staaten, in England und Holland friedliche Formen annehmen. Im Namen der Wahrheit ihrer Botschaft gingen die Bolschewiken von der symbolischen Gewalt zur tatsächlichen Gewaltanwendung über und errichteten eine absolute, willkürliche Herrschaft. Sie nannten sie 'Diktatur des Proletariats' und nahmen damit einen Ausdruck auf, den Marx zufällig in einem Briefwechsel gebraucht hatte."

Hat Courtois und haben jene, die ähnlich denken, ein zutreffendes Bild von Marx? Oder laufen sie einem wirklichkeitsfremden Mythos hinterher, der seit über hundert Jahren raffiniert kultiviert worden ist? Konrad Löw, der wie kein anderer die Werke der beiden Freunde Marx & Engels studiert und ausgewertet hat - man denke nur an sein Marxismus-Quellenlexikon -,

gibt eine klare Antwort: Die Täter der im Schwarzbuch des Kommunismus aufgelisteten Verbrechen haben ihre Untaten prinzipiell im Geiste ihres Namenspatrons begangen und sich daher zu Recht als Marxisten ausgegeben. Diesem Resümee gehen rund eintausend Zitate voraus, die nicht ohne große Betroffenheit zur Kenntnis genommen werden können.

Es scheint schwer vorstellbar, daß jemand nach der Lektüre die vom Autor gezogene Schlußfolgerung anführt.

Die authentischen Texte sprechen in ihrer Gesamtheit eine so deutliche Sprache, daß den unverbesserlichen Marxisten nur noch das Totschweigen als Ausweg übrigbleibt. Die Zitate liefern eine schier endlose Kette von Belegen der Verachtung, Krisensehnsucht, Revolutionserwartung, Gewaltbereitschaft und des Hasses und Vernichtungsdranges.

Diese Kette ist eng verschlungen mit einer anderen, deren Glieder die Namen Egoismus, Despotismus, Größenwahn und Selbstvergottung tragen. Die Texte der Freunde Marx und Engels gliederte Löw nach einzelnen Jahren; mehrere Jahre sind zu Kapiteln zusammengefaßt, wobei sich die Strukturierung an Lebensabschnitten der beiden orientiert.

Zwei Publikationen bilden insofern eine Ausnahme, nämlich "Das Manifest der Kommunistischen Partei" und "Das Kapital". Da es sich hier bekanntlich um deren wichtigste Veröffentlichungen handelt, werden die Zitate aus diesen Werken in eigenen Kapiteln erfaßt. Auch die schockierenden Kapitelüberschriften sind lediglich den Äußerungen der Freunde entnommen und lauten:

1. "Die Welt soll aus mir selbst entsteigen" (1835-1842),
2. "Rücksichtslose Kritik alles Bestehenden" (1843-1847),
3. "Gewaltsamer Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung - Das Manifest der Kommunistischen Partei" (1848),
4. "Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus" (1848-1849),
5. "Die schauderhafte Friedensperiode" (1850-1863),
6. "Le grand Chef de l'International" (1864-1872),
7. "Aus allen Poren blut- und schmutztriefend - Das Kapital" (1867),
8. "Diktatur des Proletariats" (1873-1883).

Wie oben schon erwähnt, behauptete der Herausgeber des Schwarzbuchs, Marx habe den Begriff "Diktatur des Proletariats" nur zufällig in einem Brief gebraucht. Doch wie verhält es sich tatsächlich? Löw widerspricht Courtois und legt die für viele peinlichen Fakten wie Trümpfe offen. Da dieses Beispiel für viele steht, soll es hier kurz veranschaulicht werden:

Bereits im Kommunistischen Manifest, Februar 1848, ist von "despotischen Eingriffen in das Eigentumsrecht" die Rede. Ferner wird die "Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat" gefordert. Als Herausgeber und Chefredakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung" stellte Marx am 14. September 1848 fest: "Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur."

Im Jahre 1850 begegnet uns die "Diktatur der Arbeiterklasse". Ziemlich zeitgleich unterzeichnen Marx und Engels ein Dokument mit der Überschrift: "Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten", in dessen Art. 1 von der "Diktatur der Proletarier" die Rede ist: "Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird."

Wenig später heißt es: "Die Klassendiktatur des Proletariats" sei ein "notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt".

In einem aufschlußreichen Brief schrieb Marx am 5. März 1852: "Was ich neu tat war 1. nachzuweisen ..., daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; ... 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

Zwanzig Jahre lang wird dann der Ausdruck in schriftlichen Äußerungen offenbar nicht mehr aktiv verwendet. Nur gleichsam im Spiegelbild taucht er auf. Marx zitiert Karl Vogt: "Unter dem Namen der Schwefelbande ... war unter der Flüchtlingsschaft von 1849 eine Anzahl von Leuten bekannt, die ... sich allmählich in London sammelten und dort als ihr sichtbares Oberhaupt Herrn Marx verehrten. Politisches Prinzip dieser Gesellen war die Diktatur des Proletariats etc."

Wer, wie etwa Wolfgang Leonhard, glaubt, Marx und Engels hätten den Begriff während dieser Zeit nicht verwendet, läßt die mündlichen Äußerungen unberücksichtigt. "The World" druckte am 15. Oktober 1871 die Aufzeichnungen eines Korrespondenten über Marxens Rede anlässlich der Feiern zum 7. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. September 1871 in London. Darin heißt es: "Aber bevor eine solche Änderung vollzogen werden könne, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig ..."

Auch eine Äußerung Engels' aus dem Jahre 1872 läßt auf den häufigen Gebrauch von "Diktatur des Proletariats" durch Marx schließen. Denn Engels behauptet: "Ebenso haben die sogenannten Blanquisten ... die Anschauung des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates - wie solche bereits im Kommunistischen Manifest und seitdem unzählige Male ausgesprochen worden", proklamiert.

In einem Brief vom 4. September 1872 schrieb Eugene Vermersch: "Im Abstand von einer halben Stunde gab er (Marx) dann auch die beiden folgenden charakteristischen Sätze von sich, von denen ich glauben möchte, daß sie für sein politisches Vorgehen bezeichnend sind: 'Die proletarische Diktatur ist ein notwendiges historisches Durchgangsstadium der Geschichte!' ..."

In der Broschüre "Zur Wohnungsfrage", verfaßt 1872/73 von Engels, stoßen wir mehrmals auf ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. 1874 verteidigte Engels die Diktatur des Proletariats gegen Blanquis "Diktatur eines oder einiger weniger". 1875 war es Marx, der mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken erneut aussprach: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, in der der Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Rotbuches kam es anlässlich einer Tagung zu einem Streitgespräch zwischen Courtois und Löw über die geistige Hinterlassenschaft von Marx. Courtois, der aus der tiefsten linken Ecke kommt, war aufgeschlossen genug, die zwingenden Fakten zu akzeptieren und sein Marxbild grundlegend zu revidieren. Insofern ist er eine große Ausnahme.

Die Konsequenz seiner Konversion mündete in der Bereitschaft, das Vorwort zu diesem "Rotbuch" beizusteuern. Darin schreibt er: "Die Abstammung des Leninismus vom Marxismus wird also wieder zur wichtigen intellektuellen und politischen Frage, und das Buch von Konrad Löw gibt darauf eine erste Antwort."

"Abstammung des Leninismus vom Marxismus" - das wirft freilich die Frage auf: Ist der "Marxismus" nun das, was man aus Marx gemacht hat, oder ist er gleichzusetzen mit dem originären Marx? Wenn Letzteres der Fall ist, muß man wiederum fragen, welcher Marx denn gemeint ist: der alte, der junge? Viele behaupten nämlich, es gebe einen Bruch zwischen dem humanistischen jungen und dem materialistischen alten Marx.

Löw weist jedoch nach, daß diese Unterscheidung keinen Sinn ergibt. Die Elemente beider Ketten, von denen oben die Rede war, finden wir bereits in den frühesten uns überlieferten Marx-Texten, sowohl im deutschen Abituraufsatz, in den Jugendgedichten als auch in der Dissertation. Das schier maßlose Selbstbewußtsein, die Selbstvergötzung, durchzieht wie ein roter Faden das ganze Leben, begegnet uns buchstäblich auf jeder Seite jedes Zeitabschnittes,

aus dem uns Aufzeichnungen erhalten geblieben sind. Dabei waren Marx und Engels in der Schule nur guter Durchschnitt, als Student drückte sich Marx um jedes Examen, bis er dann unter ganz außergewöhnlich günstigen Umständen dort, wo die Promotion am "billigsten" zu haben war, in Jena, den Doktor phil. erwarb, ohne je in Jena gewesen zu sein.

Mit dieser krankhaften Egozentrik ging geradezu notwendig die Verachtung aller anderen einher, beschränkt eben nicht nur auf die Aristokraten und die Bourgeois, vielmehr mitumfassend auch die Demokraten, die konkurrierenden Sozialisten und Kommunisten, das eigene Volk und praktisch alle anderen Völker, Menschen aller Klassen, Rassen und Schichten.

Im Anhang können die frühesten Beurteilungen von Marx seitens ehemaliger Freunde und Kampfgenossen studiert werden. Sie lassen schon die blutigen Säuberungen erahnen, die dann unter Lenin, noch gewaltiger unter Stalin Wirklichkeit wurden. So klagte Wilhelm Weitling bereits 1846: "Ich bin ihr ärgster Feind und kriege zuerst den Kopf heruntergeschlagen, dann die andern, zuletzt ihre Freunde, und ganz zuletzt schneiden sie sich selbst den Hals ab. Die Kritik zerfrißt alles Bestehende." ...

Konrad Löw: "Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - die Väter des Terrors" (mit einem Vorwort von Stéphane Courtois, Herausgeber von "Das Schwarzbuch des Kommunismus") ... München 1999 ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Finkelstein stürmt Buchmarkt**

Kritik an "Holocaust-Industrie" elektrisiert die Deutschen

Kein Zweifel: Der amerikanisch-jüdische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein hat die Deutschen elektrisiert. Sein Buch von der "Holocaust-Industrie" hat eine ans Hysterische grenzende Debatte ausgelöst. Nachdem der Band im vergangenen Juli in den USA erschienen war (das Ostpreußenblatt berichtete), versuchten aufgeschreckte Meinungswächter zunächst sogar, die Übersetzung ins Deutsche zu verhindern, so irritierend war ihnen sein Inhalt.

Nun, Finkelsteins Abrechnung mit der "Ausbeutung jüdischen Leids" durch mächtige jüdische Organisationen erschien dennoch auf deutsch und erstürmt furios den Buchmarkt. Beim führenden Internet-Buchversand "amazon.de" rangiert das Werk bereits auf Platz eins der Rangliste, wird also häufiger bestellt als jeder andere derzeit erhältliche Band.

Vergangene Woche stellte sich Norman Finkelstein in Berlin der Diskussion. Hier würdigte er ausführlich die Bemühungen der Deutschen, sich den Schatten der Vergangenheit zu stellen, und prangerte die Art an, in der es ihnen vergolten werde. Nicht der Völkermord an den Juden sei unvergleichlich, wohl aber die Haltung der Deutschen, die sich im Unterschied zu anderen Nationen der Opfer annähmen, seit Jahrzehnten gewaltige Entschädigungsleistungen erbrächten und das Andenken wahrten.

Statt dies zu respektieren, würde jedoch Kampagne auf Kampagne gegen die Deutschen gestartet - bis hin zu dem "absurden" Machwerk Daniel Goldhagens. Goldhagen hatte in seinem vor wenigen Jahren erschienenen Buch "Hitlers willige Vollstrecker" den Deutschen eine Art natürlicher Veranlagung zum Judenmord untergeschoben und verstieg sich so in die vulgären Erklärungsmuster klassischer Rassisten.

Finkelstein machte in Berlin kein Hehl aus seinem Unverständnis darüber, in welchem Ausmaß deutsche Meinungsführer einen Goldhagen gefeiert haben und ihn selbst nun derart scharf kritisierten.

Ein Unverständnis, das die Mehrheit der Deutschen teilt. Dies wurde nicht erst anhand der freundlichen Aufnahme des Finkelstein-Buchs sichtbar. Als im Herbst 1998 der Schriftsteller Martin Walser die "Instrumentalisierung des Holocaust" öffentlich anprangerte, löste er spontanen Beifall aus. Nachdem allerdings der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, Walser als "geistigen Brandstifter" beschimpft hatte, gingen Medien, Politiker und Wissenschaftler wieder auf vorsichtige Distanz zu dem Autor.

Finkelstein indes ist Jude, Walser nicht. So abwegig es im Zeitalter angeblich aufgeklärter Menschen erscheinen mag - das ist offenbar ein Unterschied, der darüber entscheidet, wer gewisse Wahrheiten aussprechen darf und wer nicht.

Jetzt wird darüber fabuliert, welche Wirkungen Finkelsteins Thesen zeitigen werden. Der Autor griff besonders die Selbstgerechtigkeit der US-Amerikaner auf. Nach Indianer-Völkermord und der Sklaven-Barbarei hätten sie kein Recht, über die Deutschen moralisch zu richten. Dieses Volk sei bei der Aufarbeitung seiner Vergangenheit den Amerikanern "um Lichtjahre voraus".

Das regt zu tieferem Nachdenken an - auch über deutsche Verantwortung für die Welt. Können wir unseren Weg der Vergangenheits-Vergegenwärtigung anderen Nationen wirklich guten Gewissens zu Nachahmung empfehlen? Unsere Nachbarn werden sich die deutsche Methode genau ansehen und nicht vor der frivolen Frage zurückschrecken, was es den Deutschen denn gebracht hat, so wie gehabt zu verfahren.

Der düstere Verdacht, daß jeder deutschen Geste tätiger Reue bloß immer neue, immer gewaltigere Forderungen und drastischere antideutsche Attacken nachfolgen, hat sich im Bewußtsein der breiten Masse hierzulande längst tief eingebrannt.

Und hier geht es längst nicht nur um Geld. Unwidersprochen hat sich der Begriff vom "Volk der Täter" in den Sprachgebrauch eingeschlichen. Das ist mehr als ein bloß hingesagtes Wort, es ist ein Attribut, welches ein Volk auf das tiefste stigmatisiert. Einst war in bezug auf unterschiedliche Nationen vom "Volk der Seefahrer", "der Pioniere", "der Dichter und Denker" die Rede. Und nun also vom "Volk der Täter" - in Stein gemeißelt, für die Ewigkeit, als fatales Urteil über alle vergangenen und kommenden Generationen.

In diese Logik eingeschlossen ist das Verbot, über deutsche Opfer, über Vertriebene zumal, zu sprechen. "Deutsche Täter sind keine Opfer" stand auf dem Transparent, welches Linksextreme zum Ende der Berliner Finkelstein-Diskussion entrollten.

Deutsch sein heißt also Täter sein - grundsätzlich, als angeborenes Merkmal sozusagen. Dies ist keine Mahnung zum kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte mehr. Es ist eine moralische Todesfalle.<<

24.02.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Februar 2001 (x887/...):

>>**Stich ins Wespennest**

Das Echo auf Finkelstein: Die Deutschen sind erleichtert, ihre Medien sind entsetzt. Fast zwei Drittel der Deutschen stimmen einer Umfrage zufolge zumindest teilweise den Thesen des US-Politikwissenschaftlers Norman Finkelstein "zur "Holocaust-Industrie" zu: 15 Prozent der Befragten teilten seine Ansichten ohne Einschränkungen, weitere 50 Prozent mit Abstrichen, berichtete der "Spiegel".

Ganz anders die Meinungen unserer Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksender. 90 Prozent lehnen Finkelstein - teilweise rabiat - ab, diskriminieren ihn, machen sich über ihn lustig.

Seit Jahren läßt sich die Bundesregierung darauf ein, mit großen jüdischen Organisationen in den USA über eine Art "Wiedergutmachung", besser wohl: Reparationszahlung, vorgeblich an Holocaust-Opfer zu verhandeln. Falls Deutschland nicht zahlt, drohen die Organisationen mit Repressionen gegen deutsche Firmen in den USA, und das, obgleich Wiedergutmachungen an KZ-Häftlinge längst gezahlt worden sind, teils direkt an die betroffenen Menschen, teils über eben diese Organisationen.

In Deutschland ist das Thema mit einem Tabu belegt. Die allermeisten Chefs in deutschen Zeitungen und Sendern sorgen dafür, daß ihre Redakteure brav der politischen Korrektheit folgen und kein Wort der Kritik am Vorgehen der "pressure groups" laut werden lassen. Seit verganginem Sommer tritt in den USA ein junger Politikwissenschaftler auf, der sich als Jude ein kritisches Wort erlauben darf. Zudem sind beide Elternteile in deutschen Lagern gewesen

und haben glücklicherweise überlebt.

Während sein Vater bis zu seinem Tod als Wiedergutmachung direkt aus Deutschland eine Rente bekam, deren Erhalt sein Sohn durchaus würdigt, hoffte seine Mutter auf Wiedergutmachung über eine der großen jüdischen Organisationen, die von der Bundesrepublik gewaltige Summen zur Weitergabe an die Opfer bereits in den früheren Jahren erhalten hatten. Sie wartete vergebens. Die Organisationen verwandten die Wiedergutmachungsgelder aus Deutschland, so Finkelsteins Vorwurf, eher für eigene Zwecke überall in der Welt oder für die Stärkung jüdischer Gemeinden.

Das und seine übrigen Beobachtungen als Politologe ließen ihn zu einem heftigen Kritiker der einflußreichen Organisationen wie Jewish World Congress, Jewish Claims Conference usw. werden. Er beschuldigt sie, Deutschland zu erpressen, um sich zum einen selbst zu bereichern und zum anderen, um die Wiedergutmachungsgelder für politische Interessen einzusetzen. Dadurch würden sie nicht nur den Antisemitismus in der Welt stärken, sondern vor allem die Opfer der Juden mißbrauchen und entwürdigen.

Wie man hört, wurde sein zunächst in den USA erschienenenes Buch "Die Holocaust-Industrie" dort zunächst totgeschwiegen. Wenn sich dann - etwa in der "New York Times" - jemand mit Finkelsteins Anklagen beschäftigte, dann im Stil des Zeitgeschichtlers Prof. Omer Bartov, einem Intimus von Jan Philipp Reemtsma (er sollte die USA-Version von Reemtsmas Anti-Wehrmachts-Schau betreuen), der Finkelsteins Buch verriß und den Autor "dumm", "pubertär" und "arrogant" nannte.

Wie die "Tagesschau" am 25. Januar meldete, beschimpfte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Iliam Steinberg, den Politologen Finkelstein, er sei "full of Shit" ("Voller Sch..."). In der "Washington Post" apostrophierte Stephen Zipperstein, der Direktor für jüdische Studien in Stanford, Finkelsteins Äußerungen als "altertümliche sektiererische Raserei". Ein Gabriel Schoenfeld erklärte in der amerikanischen Zeitschrift "Commentary", Finkelsteins Buch sei "wertlos". (Später änderte die Zeitschrift ihre Meinung und würdigte Finkelsteins Buch sehr sachlich.)

Dann kam das Buch nach Europa, zunächst nach England. Dort erregte es erhebliches Aufsehen, stieß aber auf genau die gleichen Beschimpfungen wie in den USA. Der einflußreiche "Guardian", eine Art britischer "Zeit", nannte am 4. Februar den amerikanischen Juden Norman Finkelstein einen "antisemitischen Akademiker".

Und am 6. Februar erschien die deutsche Fassung beim Piper-Verlag, München. Finkelstein war nach Deutschland gekommen, um in einer Pressekonferenz in Berlin sein Buch vorzustellen. Der Raum konnte die große Zahl von Journalisten kaum fassen.

Ruhig und konzentriert formulierte der Autor seine Thesen: Die jüdischen Großorganisationen in den USA bereicherten sich an den deutschen Wiedergutmachungszahlungen und leiteten sie nicht an die wirklichen Opfer des Holocaust weiter. Sie wollten mit den Geldern den zionistischen Einfluß in der Welt stärken. Sie mißbrauchten den Völkermord an den Juden, um dem vor allem in der westlichen Welt von Assimilation bedrohten Judentum, das seine religiösen Bindungen weitgehend verloren habe, eine neue Identität zu verleihen, Identität als "Holocaust-Überlebende". Durch ihr raffgeriges Verhalten förderten sie das Anwachsen des Antisemitismus in der Welt.

Bereits im Vorfeld hatte es Versuche gegeben, das Erscheinen des Buches in Deutschland zu verhindern. Salomon Korn von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt forderte sogar ein Verbot der Übersetzung. Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, erklärte: "Selbstverständlich fände ich es besser, wenn das Buch in Deutschland nicht erscheint." Zu einer Verbotsforderung konnte er sich aber nicht durchringen. Als Privatmann, so Spiegel, hätte er das Buch nie gelesen, sei aber nun gezwungen, es von Amts wegen doch zu tun. Im übrigen nannte er Finkelsteins Buch eine "Perfidie".

Daß der Piper-Verlag standhaft blieb, führen Beobachter mancherorts darauf zurück, daß er einer schwedischen Verlagsgruppe gehört. Ein deutscher Verleger wäre längst in die Knie gegangen, hieß es hinter vorgehaltener Hand. Piper dürfte dies freilich energisch dementieren. Und nun ist das Buch also da. Innerhalb von zehn Tagen wurden rund 50.000 Exemplare verkauft. Die Neuauflage ist in Arbeit.

Und das, obgleich fast die gesamte deutsche Presse über Finkelstein und sein Buch herfiel. Die "Deutsche Presseagentur" (dpa) verbreitete eine Meldung, die in Zeitungen unter der Überschrift erschien, "Verdreht Finkelstein die Geschichte?". Die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) nennt sein Buch ein "Pamphlet". Seinen Auftritt in Berlin schildert das linke Blatt aus München so, als ob Finkelstein nicht alle Tassen im Schrank hätte. Er habe angeblich "starr ins Nichts" geguckt. Sein Buch sei, so die "SZ" vom 10./11. Februar, "verrückt". Finkelstein sei "haßerfüllt".

Die ebenso linke "Zeit" ist der Meinung, daß über Finkelsteins "Pamphlet" der Streit nicht lohne. Michael Brenner erklärt in einem Anti-Finkelstein-Buch mit dem Titel "Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?", Finkelsteins Buch sei "eine grandiose pathologische Studie über ihren Autor", die "keine ernsthafte Auseinandersetzung lohne".

Der "Südwest-Rundfunk" (SWR) hatte eine englische Journalistin namens Mendelsohn beauftragt, einen Film über Finkelstein und seine Thesen zu drehen. Der Sender verbot dann kurzfristig die Ausstrahlung, u.a. mit der Begründung, der Film böte "mehr Informationen an, als ein durchschnittlich informierter Mensch aufnehmen und dem Thema gemäß verarbeiten kann". Als dann Proteste gegen die Zensur laut wurden, ließ der Fernsehchef Schmid blitzschnell den Film überarbeiten, um ihn unter dem Druck der öffentlichen Meinung doch zu senden, wenn auch verstümmelt. Was er herausgenommen hat, weiß niemand.

Da nun einmal das Erscheinen des Buches nicht zu verhindern war, wurde Finkelstein diskriminiert. Die "Welt" behauptete, Finkelstein habe seine Thesen "mit aller Kraft herausgebrüllt", als sei er nicht ganz bei Troste. In derselben Zeitung konnte man lesen von "Finkelsteins Rechthaberei", seinem "schrillen Ton", andererseits aber auch die Meldung, daß Nachrichtenmagazine fertig recherchierte Artikel zu Finkelstein und seinen Darlegungen kurzfristig wieder aus der Zeitung gekippt hätten.

Seltsam uneinheitlich war die Meinung der "Welt", die die in Deutschland losbrechende Diskussion als "Gespensterdebatte" abqualifizierte und das Buch selbst als "Nichtereignis" herabwürdigte. Ein Autor, Allan Posemer, verteidigte die "erpreßte" (Finkelstein) Summe von zehn Milliarden Mark weiterer deutscher Wiedergutmachung mit der bemerkenswerten Begründung: "Allein durch den Solidaritätsbeitrag für den Aufbau Ost wurden bisher 169,2 Milliarden DM kassiert."

Überhaupt fanden die Milliarden-Nachforderungen aus den USA viel Verständnis. Der Berliner Professor Peter Steinbach, der sich vor Jahren hervorgetan hatte, als er durchsetzte, daß auch bolschewistische Agenten aus dem Zweiten Weltkrieg in die ehrenvolle Galerie deutscher Widerstandskämpfer aufgenommen wurden, behauptete während der Finkelstein-Diskussion in Berlin, auch die ostdeutschen Vertriebenenorganisationen hätten sich in ähnlicher Weise an den Lastenausgleichszahlungen bereichert, ohne daß er es belegte.

Der krasse Widerspruch zwischen einem über weite Strecken feindseligen Medien-Echo auf Finkelstein und seiner offenherzigen Aufnahme durch die Mehrheit der Deutschen sticht ins Auge. Sie wollen offenkundig Verantwortung übernehmen - Kritik an der Entschädigung der wirklichen Opfer war nicht zu vernehmen. Nur möchte man sichergestellt sehen, daß das Geld die letzten überlebenden Opfer auch erreicht und nicht in den Kassen reicher Anwälte und konzernähnlicher Organisationen verschwindet.

Das könnte bedeuten, daß Holocaust-Opfer, die noch nicht entschädigt wurden, das Geld direkt aus Deutschland bekämen - ohne den Umweg über die Organisationen. So wie es in wei-

ser Voraussicht die katholische Kirche für die von ihr beschäftigten Fremdarbeiter gemacht hat.<<

10.03.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 10. März 2001 (x887/...):

>>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)

(Wolfgang Thüne)

Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielflicht bringen.

Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.

Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte.

Eine andere Gruppierung war der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), eine maoistische Kleinstpartei unter "Joscha" Schmierer. Speziell zu deren Zielen schreibt der "Sponti" Michael Buselmeier in der "FAZ" vom 23. Januar 2001: "Für den KBW war das Grundgesetz ein Instrument der Kapitalisten; man propagierte den individuellen Klassenverrat, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Entwicklung der proletarischen Diktatur, den Ausschluß von Abweichlern und die Umerziehung von 'Parasiten' und kleinbürgerlichen Elementen in der vielzitierten 'Fischmehlfabrik'."

Was bitte hatte das mitsamt der Idolisierung von Mao, Pol Pot und anderen Massenmördern mit 'streitbarer Demokratie' zu tun? Wer heute solche unangenehmen Fragen aufwirft, handelt sich sogleich den Vorwurf ein, gegen das Gebot der "politischen Korrektheit" zu verstoßen.

Es muß daher tunlichst von den Beteiligten in der Öffentlichkeit der Eindruck unterdrückt werden, daß es winzige radikale Gruppierungen waren, die den Umsturz des Staates betrieben. Doch ist es schon total überzogen, von der "Studentenrevolte" als einer Erhebung der Mehrheit der Studenten zu sprechen, so ist es noch viel weniger berechtigt, pauschal von der "Achtundsechziger Generation" zu sprechen. Diese hat es nie gegeben, wurde doch bewußt die Mehrheit der nichtstudentischen Jugend allein durch zu hohe Sprachbarrieren von der Teilnahme an der Revolution ausgeschlossen.

Durch eine geschickte Begriffsdialektik versucht die revolutionäre "Intelligenzija" nachträglich, sich unter die schützende Käseglocke eines übergeordneten Kollektivs einer "Generati-on" zu flüchten, um der Bestrafung für begangene Gewalttaten und Verbrechen zu entgehen. Die Helden von damals, die den Anarchismus predigten und militant verfochten, tauchen plötzlich feige ab.

Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avancierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingepregelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.

Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl.

Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.

Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.

Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kaderschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".

Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.

Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein "Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.

Er berechnete sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.

Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa(M)" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.

Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa(M)" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa(M) ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu

bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.

Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es enthielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis ...

Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!

Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Diese Einschätzung bestätigt Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."

Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig: Hätte der Staat unter den Regierungen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl nicht Standfestigkeit gegenüber den Feinden der Demokratie bewiesen und sich nicht so massiv - auch unter Polizeieinsatz - gegen die neomarxistisch-anarchistischen "Heilsbringer" gewehrt, hätte sich der Staat nicht als Ordnungsmacht bewährt, wir hätten heute unter einer Gesinnungsdiktatur zu leiden, die ihresgleichen sucht. Hanns-Eberhard Schleyer, Sohn des 1977 ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, kreidet zu recht dem derzeitigen Außenminister "Joschka" Fischer die geradezu unerträgliche "Selbstgerechtigkeit" an, mit der er seine Gewalttaten zu bagatellisieren, zu glorifizieren und damit zu legitimieren versucht.

Kein gutes Zeugnis erteilt auch die ehemalige Grünen-Sprecherin Jutta von Ditzfurth "Joschka" Fischer. In der "Welt" vom 18. Januar 2001 ist folgendes zu lesen: "Für Fischer und seine Leute war das Thema Ökologie eigentlich zu kleinbürgerlich. Aber er trat ein und gab sich linker als die Grünen", sagt Ditzfurth.

Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Ditzfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."

Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditzfurth.

Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditzfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".

Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."

Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Umweltminister.

Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. Ein äußerst geschickter Schachzug war es dann, daß Bundeskanzler Schröder sogleich in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 sein "68er Kabinett" präventiv aus der Schußlinie zu nehmen versuchte, indem er ihm und sich selbst den Heiligenschein der Unantastbarkeit umhängte. In der Pose eines "Sonnenkönigs" dozierte der frühere Juso-Vorsitzende:

"Für manche ist dieser Generationswechsel eine große Herausforderung. Schon ein Blick auf die Regierungsbank oder auch in dieses Parlament zeigt, was die große Mehrheit unter uns politisch geprägt hat. Es sind Biographien gelebter Demokratie. Diese Generation steht in der Tradition von Bürgertum und Zivilcourage. Sie ist aufgewachsen im Begehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle."

Dies ist wahrhaft ein Meisterstück an Rhetorik und Dialektik, welches die marxistische Schulung verrät. Aus Kämpfern gegen das Bürgertum werden Kämpfer für das Bürgertum, basta! Dieser raffinierte Versuch, Gewalttaten in Heldentaten umzudeuten, um dann den "Helden" die Tapferkeitsmedaille als Vorkämpfer einer "gelebten Demokratie" umzuhängen, das ist entweder Ausdruck eines schlechten Gewissens oder eines a-moralischen Umgangs mit der Geschichte.

Die Biographien sprechen eine andere Sprache. Der Filmemacher Rosa von Praunheim offenbart, daß er "für ein unabhängiges anarchistisches Leben" gekämpft habe. Jochen Siemens bekennt: "Wir lebten im moralischen Imperativ, und es gefiel uns, unartig zu sein."

Doch wenn man dann die Bilder von damals Revue passieren läßt, dann wird der Versuch der nachträglichen Verharmlosung mehr als nur augenfällig. So kann man Gewalt nicht verniedlichen.

Nein und nochmals nein, so kann man die Wirklichkeit nicht auf den Kopf stellen. Sie war geprägt von brutaler Gewalt und hatte Gesichter, die häßlichen Fratzen gleichkamen. Als Augenzeuge, der von 1962 bis 1967 an der Freien Universität in Berlin studierte, sind mir diese Bilder präsent. Es herrschte ein unerträgliches Klima der Intoleranz!

In dem linken "Kursbuch 20" von 1970 sind die revolutionären Regieanweisungen nachzulesen. In einem Artikel "Die Abrichtung" schreibt Klaus Roehler:

"Der Prozeß der Abrichtung in Elternhaus und Schule verschärft den Objekt-Status des Kindes; in der Schule macht dieser Prozeß ... aus Schülern bloße Produktionsidioten. Er unterdrückt die Fähigkeit, kritisch zu denken; er desorientiert die Schüler in der Wirklichkeit."

Unter diesem Vorwand wurden "antiautoritäre Kindergärten" errichtet, wurde für ein "unabhängiges anarchistisches Leben" gekämpft, wurde zum totalen Ungehorsam aufgerufen. In einem Artikel "Rotfront Faraday. Über Elektronik und Klassenkampf" schreibt Eckhard Siepmann: "Nach wie vor bleibt die Vernichtung der kapitalistischen Produktionsweise eine historische Aufgabe; ... Basis der Vergesellschaftung der Produktivkräfte ist: die Sozialisierung der Sexualität; ... Durch LSD wird die Wahrnehmung angeknipst wie das Licht - die trughafte Perspektive explodiert ... Der Trip mag vergehen, die veränderte Wahrnehmung bleibt latent vorhanden."

Ist dies "gelebte Demokratie"? Den achtundsechziger Kulturrevolutionären wie Martin Jür-

gens ging es darum, durch eine nihilistische Totalkritik an der Gesellschaft restlos alle tradierten bürgerlichen Strukturen und Wertvorstellungen zu zerstören, den Staat als autoritäre Fehlkonstruktion, als brutalen Machtapparat zu diffamieren und zu vernichten. Hierzu war jedes Mittel recht. Er wurde von innen argumentativ zersetzt:

"Der Masochismus, den seine Anerkennungsrituale voraussetzen wie erzeugen, zeugt sich sadistisch fort; die Erniedrigung, die eine Beförderung vom Steuerinspektor zum -rat kostet, schlägt sich auf die Kinder nieder."

Ist das die bürgerliche Traditionslinie, von der Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung spricht? ...<<

17.03.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 17. März 2001 (x887/...):
>>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**

Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)

(Wolfgang Thüne)

In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzuklären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" ("FAZ" vom 20. Februar 2001).

Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizopren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!

Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:

"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?"

Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.

Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Gewalt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen."

Diese Analyse der derzeitigen Situation bedarf keines Kommentars.

Gegen die damaligen Beweggründe der Achtundsechziger und ihr heutiges Bemühen, sich zu Helden im Kampf für eine "offene Gesellschaft" hochzustilisieren, wendet sich ebenfalls in einem Leserbrief Klaus Anders:

"Nicht Demokratie war die Kernfrage dieser Bewegung, sondern Macht. Die Machtfrage wurde als Frage nach der Staatsmacht gestellt. Später dann etwas bescheidener - und erfolgreicher

- als die Frage nach der Teilhabe an der Staatsmacht. Demokratie spielte in den miteinander verfeindeten und von Intrigen zerfressenen Polit-Gruppierungen keine Rolle, höchstens als Instrument zur Mehrheitsbeschaffung.

Die Studentenbewegung hat Demokratie nicht verstanden: man sehe sich die Intoleranz, die atemberaubende Arroganz, die kleinkarierte Selbstgerechtigkeit der damaligen 'Radikaldemokraten' noch einmal genau an, und man wird trotzige Kinder finden, die sich weigerten, erwachsen zu werden.

Der Marxismus taugte den Rebellen zur Erklärung gesellschaftlicher Erscheinungen, weil er es erlaubt, hochkomplexe Verhältnisse und Beziehungen bis zur Primitivität zu simplifizieren, und das, indem man diesem theoretischen Flachsädel eine aufgedonnerte Frisur aus menschheitserlösender Rhetorik wachsen läßt. Er gibt auch die Rechtfertigung für Gewaltanwendung her."

Solche Lesermeinungen ("FAZ" vom 24. Januar 2001) treffen den Nagel meist präzise auf den Kopf; sie sprechen die Wahrheit aus, welche die Politik bewußt verschweigt.

Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:

"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.

Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten (oder besser: gar nicht), anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaut haben."

Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?

Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.

Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.

Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten besonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist

ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger". Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb.

Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

Die Taktik dieser Vorgehensweise beschreibt Wolfgang Fritz in schwer verständlichem Politkauderwelsch im Kursbuch 20 von 1970: "Die korrumpierenden Wirkungen von geradezu anthropologischem Ausmaß, die ein bloßer Nebeneffekt der Dynamik kapitalistischen Profitstrebens sind, sind verheerend. Den Leuten ist das Bewußtsein abgekauft. Täglich werden sie trainiert im Genuß der Identifikation mit der Übermacht.

Selbst in realen Gebrauchswerten, die sie bekommen, wohnt oft eine unheimliche Macht der Zerstörung. Das Privatauto - bei Vernachlässigung der öffentlichen Transportmittel - zerplüßt die Städte nicht weniger wirksam als der Bombenkrieg und schafft die Entfernungen erst, die ohne es nicht mehr zu überbrücken sind."

Der Kleinbürger sollte froh sein, daß sich in den "Grünen" eine geradezu seelsorgerische Kaste gefunden hat, die ihm die Mittel nimmt, mit denen er korrumpiert werden kann, um sich dann am "Klima" zu versündigen. So viel staatliche Vorsorge um das private Seelenheil sollte stutzig machen.

Das Instrument, mit dem sich der Bürger versündigt, ist das "Privatauto". Es stand schon 1970 auf der roten Abschußliste der Achtundsechziger, um 1999 auf die grüne Verbotsliste gesetzt zu werden. Die erste umweltpolitische Großtat der rot-grünen Bundesregierung war die Einführung der "Ökosteuer" zum 1. April 1999. Sie sieht vor, schrittweise in Sechs-Pfennig-Stufen bis 2003 die Mineralölsteuern zu erhöhen, um der "Spaßgesellschaft" den Spaß am "Privatauto" zu vermiesen und den Bürger zum Umsteigen auf die bequemen "öffentlichen Transportmittel" zu nötigen.

"Ehrlich" wie Gesellschaftsrevolutionäre sind, hat "Joschka" Fischer bereits im Frühjahr 1998 dieses Vorhaben in seinem Buch "Der neue Gesellschaftsvertrag" angekündigt. Er schreibt: "Eine ökologische Preisreform hat sowohl ein anderes ökonomisches Verhältnis zu Energie und Mobilität zur Voraussetzung als auch einen entsprechenden Einsatz des staatlichen Steuersystems zur Durchsetzung dieser Preisreform".

Verstanden? Macht nichts!

Fakt ist, daß die Revolutionäre, deren Ziel es war, den repressiven Staat seiner Macht zu berauben, um ein anarchistisches Leben zu führen, sich nun - kaum an der Macht - der Staatsmacht bedienen, um ihre "Reformideen" den Bürgern aufzuzwingen. Aus einer totalitären gewalttätigen Minderheit wurde eine ebenso totalitäre Mehrheit, die jetzt allerdings auf ihre demokratische Legitimation pochen kann.

Doch lassen wir wieder "Joschka" Fischer zu Wort kommen: "Die massenhafte Entfesselung der individuellen Mobilität durch die millionenfache Motorisierung war nicht nur eine gewaltige infrastrukturelle Herausforderung für den Staat, nicht nur ein enormes Geschäft für das investierte Kapital, nicht nur die Grundlage für steigende Massenbeschäftigung und Massenkaukraft, sondern die individuelle Massenmotorisierung setzte zugleich auch scheinbar grenzenlose Wunsch- und Traumkapazitäten frei.

Das Automobil wurde zum gesellschaftlichen und kulturellen Status-, ja Freiheitssymbol quer durch alle sozialen Schichten hindurch. Diese herrliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates - Wohlstand für alle! - war also zugleich das Zeitalter des Automobils und des billigen Öls. ... Die Energiepreise bestimmten und bestimmen den Lebensrhythmus der Industriegesellschaft, so wie dies die Kornpreise in den vorindustriellen Gesellschaften getan haben. Und was dort die Brotpreise für die Massen waren, ist in der automobilen Gesellschaft der Benzinpreis geworden."

Mit diesen Wunschträumereien ist es nun vorbei!

Leider haben die "Massen" Fischers Buch nicht gelesen, sonst hätten sie massenweise durch Stimmentzug dieser Schreckensvision eine Absage erteilt. Diese Chance ergibt sich erst wieder in zwei Jahren! Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?

Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.

Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und

in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!
Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei. Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<